Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 37 (2018)

Heft: 71

Artikel: Demokratischer Konföderalismus Rojava : Entstehung und Bedrohung des kurdischen Selbstverwaltungsmodells

Autor: Schmidinger, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781022

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Thomas Schmidinger

Demokratischer Konföderalismus Rojava

Entstehung und Bedrohung des kurdischen Selbstverwaltungsmodells

Seit dem Abzug der syrischen Armee aus den kurdischen Siedlungsgebieten im Juli 2012 ist in Syrien – nach der autonomen Region im Irak – ein zweites kurdisches Autonomiegebiet entstanden. Seit der Schlacht um Kobanê 2014 findet es sowohl in europäischen Medien als auch unter linken Gruppierungen zunehmend Aufmerksamkeit. Von der syrischen Regierung offiziell anerkannt, wurde der mittlerweile als Demokratische Föderation Nordsyrien bezeichnete Parastaat, der fast ein Viertel des syrischen Staatsgebietes kontrolliert, allerdings nie. Dennoch bildet er einen Machtfaktor, der bei einer Friedenslösung im syrischen Bürgerkrieg nicht mehr übergangen werden kann. Die Türkei versucht eine substanzielle Autonomie für die syrischen KurdInnen allerdings umso mehr zu verhindern, als dort ausgerechnet jene Partei die Macht übernommen hat, die mit der in der Türkei aktiven kurdischen Guerilla verbunden ist. Die Türkei setzt dazu auch massive militärische Mittel ein, wie der Einmarsch und die Einnahme von Efrîn im Frühjahr 2018 deutlich macht.

Als im Juli 2012 bewaffnete Einheiten der Arbeiterpartei Kurdistans *(Partiya Karkerên Kurdistanê,* PKK) zusammen mit ihrer syrischen Schwesterpartei, der Demokratischen Unionspartei *(Partiya Yekitîya Demokrat,* PYD), den Kanton Kobanê und schliesslich auch Cizîrê und Efrîn übernahmen (Schmidinger 2014, 120), war die Fragmentierung des kurdischen Siedlungsgebietes in drei Enklaven eines der grössten militärischen Probleme. Die Präsenz jihadistischer Gruppen zwischen den Enklaven und die Etablierung des so genannten «Islamischen Staates» bedrohten die neu übernommenen Gebiete. Rasch mussten mit den Volksverteidigungseinheiten *(Yekîneyên Parastina Gel,* YPG) und den eigenständigen Frauenverteidigungseinheiten *(Yekîneyên Parastina Jin,* YPJ) eigene militärische Verbände aufgebaut werden. Die Absprachen der PYD mit dem syrischen Baath-Regime waren für beide Seiten von Vorteil. Die Regierung Assad benötigte im Sommer 2012 die eigenen Soldaten dringend zur Bekämpfung der arabischen Opposition in Zentralsyrien und wollte sicherstellen, dass die kurdischen Gebiete nicht in die Hand der Opposition fielen. So gelang es der PYD, ihr eigenes Autonomiegebiet zu schaffen und zugleich das mit ihr rivalisierende Parteienbündnis des Kurdischen Nationalrats in Syrien *(Encûmena Niştimanî ya Kurdî li Sûriyeyê,* ENKS) zurückzudrängen, das eng mit der kurdischen Regionalregierung Barzani im Irak zusammenarbeitet.

Zersplitterte Parteienlandschaft

Die anhaltenden Konflikte zwischen der aktuell regierenden PYD und dem Parteienbündnis ENKS sowie die seit jeher grosse Zersplitterung der kurdischen Parteienlandschaft in Syrien erweisen sich als schwerwiegende Hypothek. Die Fragmentierung ist einerseits eine Folge tradierter Strukturen, nach deren Logik «jede grosse Sippe ihre eigene politische Organisation zu gründen» (Ibrahim 2013, 271) versucht. Andererseits war sie bis 2012 auch eine Folge der politischen Bedingungen unter der Herrschaft des syrischen Baath-Regimes. Dieses versuchte über Agenten Spaltungen und Konflikte zu schüren. Die daraus resultierende klandestine Untergrundarbeit hat seit den 1960er-Jahren die Möglichkeiten demokratischer Konfliktlösungen verhindert (Allsopp 2014, 81). Schliesslich stellte auch die hohe Abhängigkeit der syrisch-kurdischen Parteien von kurdischen Parteien im Irak (PDK) und in der Türkei (PKK) seit den 1950er-Jahren ein grosses Problem dar. Denn so werden sämtliche Konflikte und Machtkämpfe Kurdistans auch in den syrisch-kurdischen Parteien gespiegelt (Allsopp 2017, 300).

Die traditionellen Hochburgen der irakisch-kurdisch orientierten Parteien liegen in der östlichen Region Cizîrê, diejenigen der türkisch-kurdischen in Kobanê und in der Region Kurd Dagh um Efrîn. Während das Baath-Regime die PKK/PYD in der Frage der Kontrolle des Euphrat-Wassers offen gegen die Türkei unterstützte (Yildiz 2005, 58), wurden ihre Forderungen innerhalb Syriens immer wieder im Keim erstickt und kurdische Bewegungen unterdrückt. Die kurdische Sprache wurde nie als Unterrichts- oder Amtssprache anerkannt. Umsiedlungen und die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für über 160 000 KurdInnen in den 1960er-Jahren wirken bis heute nach. Zudem hat bis heute keine der syrisch-kurdischen Parteien einen offiziell legalen Status erlangt.

Vom Protest zum kurdischen Parastaat

Mit den Protesten gegen das syrische Baath-Regime 2011 kam es auch in den kurdischen Gebieten zu Demonstrationen. Zunächst spielten die Parteien keine zentrale Rolle. Getragen wurden die Proteste von unabhängigen Komitees und ab Herbst 2011 von einer breiten Massenbewegung. Alles begann in der Kleinstadt Amûdê. Am 27. März 2011 kam es erstmals zu Protesten und bereits am darauffolgenden Freitag organisierte das Tansiqiya (Komitee) Amûdê, das einige junge Männer nach dem Vorbild anderer syrischer Städte spontan gebildet hatten, die erste Demonstration nach dem Freitagsgebet (Interview mit Mitgliedern des Tansiqiya Amûdê, 12.1.2013). Ähnliche Tansiqiyat (Komitees) von unzufriedenen und meist nicht parteipolitisch organisierten Jugendlichen wurden auch in anderen kurdischen Städten gegründet. Diese vorerst vereinzelten und eher kleinen Proteste bildeten die Basis für eine neue Form von politischem Aktivismus. Für einige BeobachterInnen stellten die kurdischen Parteien eher ein Hin-

dernis denn eine treibende Kraft für die Protestbewegungen dar (Savelsberg/Tejel 2013, 217). Erst im Herbst 2011 sprangen die syrisch-kurdischen Parteien gewissermassen auf den fahrenden Zug auf.

Der Abzug der syrischen Armee aus Nordsyrien im Juli 2012 kam dann einem kurdischen Aufstand zuvor. Die drei Enklaven im Norden Syriens und das kurdische Stadtviertel von Aleppo, Sheikh Maqsoud *(Şêxmeqsûd)*, standen ab diesem Zeitpunkt unter kurdischer Kontrolle und waren de facto selbstverwaltet. Letzteres konnte sich seit der Übernahme Ost-Aleppos durch die syrische Opposition als neutrale Zone zwischen Opposition und Regierung etablieren. Lediglich in Qamisli *(Qamişlo)*, der grössten kurdischen Stadt, die über eine grosse arabische, armenische und syro-aramäische Minderheit verfügt, und in der Provinzhauptstadt al-Hasaka *(Hesîçe)* blieb das Baath-Regime mit seiner Armee partiell präsent.

Vom Obersten Kurdischen Komitee zum demokratischen Konföderalismus

Bereits am 11. Juli 2012 wurde eine Art Übergangsverwaltung, das Oberste Kurdische Komitee *(Desteya Bilind a Kurd)*, gegründet. Es umfasste sowohl die PYD und ihre Verbündeten als auch den Kurdischen Nationalrat (ENKS). Damit waren zwar alle wesentlichen syrisch-kurdischen Parteien vertreten, doch die Richtungs- und Machtkämpfe zwischen PYD und ENKS führten zu einer permanenten Selbstblockade. Nach langwierigen Verhandlungen rief die PYD im Januar 2014 unilateral drei autonome Kantone aus (Schmidinger 2016a, 12). Zwar gelang es, VertreterInnen ethnischer und religiöser Minderheiten in das neue System zu integrieren. Von den Parteien des ENKS und einer substanziellen Minderheit der syrisch-kurdischen Bevölkerung wurde diese neue Verwaltung aber nicht anerkannt.

Seit 2012/2013 verlor das Bündnis ENKS nicht zuletzt wegen der militärischen Erfolge von YPG und YPJ an Bedeutung. Schliesslich trieb 2015 der Austritt der Demokratischen Fortschrittspartei *(Partiya Demokrat ya Pêşverû Kurd li Sûriyê*, PDPK-S) und der Wechsel einiger Kleinstparteien zur regierenden PYD das ENKS-Bündnis dazu an, sich noch stärker an der irakisch-kurdischen Regierungspartei PDK auszurichten.

Ganz anders als die regierende PDK Barzanis in der kurdischen Autonomieregion im Irak strebt die PYD in Syrisch-Kurdistan keine Eigenstaatlichkeit an. Das Konzept des «demokratischen Konföderalismus» ist in den Augen seiner AnhängerInnen «eine Form der Selbstverwaltung, die der Form der Staatlichkeit gegenübersteht» (Ayboğa/Flach/Knapp 2015, 102). Abdullah Öcalan hat das zugrundeliegende Konzept nach seiner Gefangennahme und Entführung in die Türkei im Gefängnis entwickelt und damit den ideologischen Wandel der PKK vom Marxismus-Leninismus zu einer eigenen Form des libertären Kommunalismus eingeläutet. Dies umfasst eine dezidierte Distanzierung von Nationalis-

mus und der Forderung eines eigenen kurdischen Nationalstaates (Öcalan 2000, 129). Allerdings vermag Öcalans Vision nicht alle zu überzeugen. In der kurdischen Bevölkerung Syriens leben ethnischer Nationalismus und die Hoffnungen auf einen kurdischen Nationalstaat weiter. Trotzdem verabschiedete sich auch die De-facto-PYD-Regierung von einem ethnisch kurdischen Nationalismus. Das erleichterte ihr die Integration arabischer, assyrischer und armenischer Bevölkerungsgruppen in das neue politische System. Das wiederum provoziert die Kritik anderer kurdischer Parteien, die behaupten, die PYD biedere sich zu sehr der arabischen Bevölkerung an.

Demokratische Autonomie

Das Konzept der «demokratischen Autonomie» zielt auf weitgehende Selbstbestimmung auf kommunaler, gemeinschaftlicher Ebene. Es basiert für Rojava auf einer strikt territorialen und nicht auf einer ethnischen Autonomie und – zumindest in der Theorie – auf einer starken Dezentralisierung. Die Kommune ist damit gleichzeitig die kleinste Einheit wie auch das Zentrum der gesellschaftlichen Organisierung. Jeder Kommune steht ein «Mala Gel» (Volkshaus) zur Seite, das u. a. als eine Form erstinstanzlicher Gerichtsbarkeit fungiert (Ayboğa/Flach/Knapp 2015, 109).

Wie im gesamten Einflussbereich der PKK spielt auch in Rojava die Geschlechterpolitik eine wichtige Rolle. Auf allen politischen Ebenen wurde das sogenannte Hevserok-System umgesetzt: «Egal ob in einer Kommunalverwaltung, in einem Gericht, überall teilen sich zwei Personen die Koordination, eine von ihnen eine Frau.» (Ebd., 123) Tatsächlich gibt es in jeder Gemeinde zwei Co-BürgermeisterInnen, die PYD hat zwei Co-Vorsitzende, alle Räte haben Co-Vorsitzende usw. Auch die Präsenz bewaffneter Frauen der YPJ in der Öffentlichkeit verändert allmählich das traditionelle Rollenbild syrisch-kurdischer Frauen; die neuen politischen und militärischen Strukturen bieten jungen Frauen und Mädchen eine Alternative. Doch mehrheitlich leben die Frauen in Syrisch-Kurdistan weiterhin als Hausfrauen in starker Abhängigkeit von ihren Männern.

Gleichzeitig bemüht sich die PYD auch ökonomische Möglichkeiten für Frauen zu schaffen. Es wurden zahlreiche Frauenkooperativen gegründet und Anstrengungen unternommen, die Frauen, die ihre Angehörigen verloren haben, zur Selbständigkeit verhelfen sollen, «indem ihnen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden» (Dirik 2015, 44). So bahnbrechend diese Frauenkooperativen in der stark ländlichen und patriarchal geprägten Gesellschaft sind, es handelt sich lediglich um ökonomische Nischen, die nur eine relativ kleine Zahl von Frauen erreichen. Nach offiziellen Angaben waren bis 2017 insgesamt 618 Frauen in solchen Kooperativen involviert (Kurdish Institute of Brussels 2017, 17). Für die Volkswirtschaft der Region haben sie keine grosse Bedeutung.

Die regionale Ökonomie ist geprägt von einer Art politisch kontrollierter Kriegswirtschaft für dringend benötigte Güter, einer Marktwirtschaft aus Kleinhändlern und Handwerkern sowie von weitgehend industrialisierten Landwirtschaftsbetrieben. Bis zum Bürgerkrieg galt die Region als Kornkammer Syriens und versorgte weite Teile des Landes mit Agrarprodukten. Nach einem kurzzeitigen Einbruch in den ersten Bürgerkriegsjahren hat sich die Produktion wieder erholt. Heute exportiert Syrisch-Kurdistan Fleisch bzw. Schafe und Rinder nach Irakisch-Kurdistan und verkauft Oliven aus Efrîn sowie Getreide und Gemüse aus der Cizîrê nach Damaskus, Aleppo und in andere syrische Städte. Bislang hat die Parteiführung der regierenden PYD landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz nicht angetastet und auch das Recht auf Privateigentum explizit verteidigt – inklusive des Rechts auf Privateigentum an Produktionsmitteln (Interview mit Asya Abdullah, 21.2.2014). Strategisch wichtige Waren, wie Kraftstoffe, werden hingegen weitgehend zentral im Einflussbereich der PYD verwaltet, von den Rätestrukturen der Selbstverwaltung verteilt und im Falle von Diesel und Benzin seit Sommer 2013 auch vor Ort raffiniert (Ayboğa/Flach/Knapp 2015, 250).

Bezahlt wird in der Region weiterhin mit syrischen Pfund. Das klassische Bankwesen und der internationale Zahlungsverkehr sind jedoch aufgrund der Sanktionen und des Krieges bereits 2012 zusammengebrochen. Als wichtiger Wirtschaftszweig hat sich deshalb ein alternatives Überweisungssystem für Geld entwickelt, das auf dem traditionellen, in weiten Teilen der islamischen Welt verbreiteten «Hawala-System» basiert. Zahlt jemand in Europa einer Vertrauensperson eine Summe Geld, wird sie in Syrien von einer anderen Vertrauensperson ausbezahlt. Physisch wird das Geld nicht überwiesen. Es genügt ein Anruf beim «Hawaladar» in Rojava und dieser kann noch am selben Tag die Summe auszahlen. Das in Europa eingezahlte Geld hingegen wird verwendet, um angekommenen Flüchtlingen ihr in Syrien einbezahltes Geld auszuzahlen. Für solche Transaktionen werden etwa vier bis fünf Prozent der überwiesenen Summe als Gebühr einbehalten. Damit verdienten die Hawaladaren, meist Mitglieder eines familiären Netzwerks, in Rojava in wenigen Jahren grosse Summen.

Von Rojava zur Demokratischen Föderation Nordsyrien

Politische Legitimität bei der eigenen Bevölkerung und internationale Anerkennung sicherte sich die kurdische Selbstverwaltung Rojavas schliesslich vor allem durch die militärischen Erfolge gegen die Angriffe des «Islamischen Staates» und die Schlacht um Kobanê im Winter 2014/15. Nach heftigen Verlusten und massiven Zerstörungen gelang es den KämpferInnen von YPG und YPJ, die Stadt zu verteidigen. Unterstützt wurden sie von internationalen Freiwilligen, säkularen arabischen Einheiten, irakisch-kurdischen Peschmerga und der US-Luftwaffe (Schmidinger 2015, 245).

Erst im folgenden März erlangten die drei Kantone eine gemeinsame politische Struktur, die autonome Föderation Nordsyrien-Rojava. Wie oben erläutert, beanspruchte sie keine Abspaltung von Syrien, sondern lediglich eine sehr weitreichende Autonomie innerhalb Syriens. Im Dezember 2016 wurde sie umbenannt in Demokratische Föderation Nordsyrien *(Federaliya Demokratîk a Bakûrê Sûriyê)* und im Juli 2017 in Verwaltungsbezirke – drei Regionen und sechs Provinzen – aufgeteilt.

Trotz anfänglicher Proteste gegen die gleichzeitige Abstufung Rojavas zu einem Bezirk hat sich die neue politische Ordnung durchgesetzt und bewährt. Das belegt die rege Teilnahme an den Kommunalwahlen vom 22. September 2017 und den Wahlen der Regionalräte im Dezember 2017. Obschon sie von den Parteien des Nationalrates ENKS boykottiert wurden, stellen sie eine gewisse demokratische Legitimierung dar, da zumindest irgendeine Form von Wahlen stattfand und nicht mehr eingesetzte Institutionen im Amt sind. Die überwältigende Mehrheit (insgesamt 4621) aller Sitze ging an die PYD-dominierte Liste der Demokratischen Nation *(Lîsta Netewa Demokratîk,* LND), die auch einige kleinere kurdische, assyrische und arabische Parteien umfasst. Neben der PYD spielten nur die zwei christlichen Parteien Assyrische Demokratische Partei *(Gabā Aṯurāyā Demoqraṭāyā)* und die Suryoyo-Einheitspartei *(Gabo d'Ḥuyodo Suryoyo),* die schon länger mit der PYD kooperieren, eine gewisse Rolle. Eine Liste von ehemaligen Mitgliedern des ENKS, die sich zu einer Anerkennung der Autonomie – und damit zum Austritt aus dem ENKS – entschlossen hatten, kandidierte unter dem Namen Kurdische Nationale Allianz in Syrien *(Hevbendiya Niştimanî a Kurdî li Sûriyê)* und erreichte 152 Sitze von insgesamt 5032 Mandaten. Gleichzeitig legitimierten und verfestigten die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen die absolute Vormachtstellung der PYD. 2018 sollen Parlamentswahlen für die gesamte Demokratische Föderation Nordsyrien folgen.

GegnerInnen der Konföderation unter Druck

Für jene Oppositionsparteien, die ihre Beteiligung am neuen politischen System verweigern, hat sich die Situation in den letzten Jahren weiter verschärft. So wurde z. B. im August 2016 Îbrahîm Biro, der Präsident des ENKS, in Qamişlo verhaftet und nach wenigen Stunden in den Irak abgeschoben. Gleichzeitig wurde das Büro der PDPK-S von PYD-AnhängerInnen angegriffen und teilweise verwüstet. Aus Protest gegen das Vorgehen der PYD demonstrierten drei Tage später die Mitglieder des ENKS in zahlreichen Städten.

Nach der bewaffneten Eskalation des innerkurdischen Konflikts in Şingal/Sinjar am 3. März 2017, an der aufseiten von Barzanis PDK die Militäreinheiten des ENKS zum Einsatz kamen, eskalierte der Konflikt innerhalb Syrisch-Kurdistans erneut. Über 40 FunktionärInnen und AktivistInnen der Mitgliedparteien

des ENKS wurden verhaftet und Mitte März in verschiedenen Städten total 44 Parteibüros von Oppositionsparteien geschlossen. Betroffen waren nicht nur Büros der aktuellen Mitgliederparteien des ENKS, sondern auch die 2015 ausgetretene Demokratische Fortschrittspartei PDPK-S sowie die Assyrische Demokratische Organisation von Gabriel Moushe Gawrieh, eine bereits 1957 gegründete assyrische Oppositionspartei.

Entscheidend für die Zukunft Kurdisch-Syriens ist also die Frage, wie sehr es der PYD gelingen wird, die arabische Bevölkerung in die neuen politischen Strukturen einzubinden. Die Ernennung eines arabischen Co-Präsidenten für die Demokratische Föderation Nordsyrien und die Einbindung arabischer Streitkräfte in die Verteidigung dieser Gebiete ist sicherlich ein positives Signal. Dennoch fühlen sich Teile der arabischen Bevölkerung weiterhin von «den Kurden» beherrscht. Die demonstrative Präsenz politischer Symbole, wie die Bilder von Abdullah Öcalan oder die Fahnen der YPG/YPJ, stösst keineswegs auf Gegenliebe aller dort lebenden AraberInnen. Dies spielt der arabischen Opposition als auch der Regierung in die Hand, die versuchen, das Narrativ einer kurdischen Besetzung arabischer Gebiete zu nähren und politisch zu instrumentalisieren.

Militärische Siege gegen den IS: Arabische Gebiete unter kurdischer Herrschaft?

Die militärische Absicherung der kurdischen Gebiete, v. a. aber die Expansion nach Süden im Kampf gegen den so genannten «Islamischen Staat», basiert wesentlich auf einem militärischen Bündnis mit den USA. Diese traten Anfang des Jahres 2015 zunächst mit geheim gehaltenen Militärberatern, ab Herbst 2015 allerdings immer offener als Verbündete auf. Dabei kamen die USA in die delikate Situation, mit der PYD zu kooperieren, während sie gleichzeitig weiter die Türkei gegen die PKK unterstützte (Kaya/Lowe 2017, 287). Um dieses Problem zu umgehen, drängten die USA auf eine neue Dachorganisation als «neutraleren» Bündnispartner. Die Gründung der Syrischen Demokratischen Kräfte *(Hêzên Sûriya Demokratîk,* SDF) am 10. Oktober 2015 basierte also nicht allein auf der Notwendigkeit, für die Verteidigung Nordsyriens arabische Verbündete zu verpflichten, sondern darauf, dass die USA einen politisch unverdächtigeren Partner finden wollten.

Mit der Armee der Revolutionäre *(Ǧaiš aṯ-Ṯūwār),* der Shammar-Miliz Kräfte der Mutigen *(Quwwāt aṣ-Ṣanādīd),* der Front der Revolutionäre von Raqqa *(Jabhat Thūwwār ar-Raqqah)* und dem christlich-assyrischen Militärrat der Suryoyo umfassen die SDF auch eine Reihe von arabischen und christlichen Einheiten. Dennoch bilden YPG und YPJ bis heute das politische und militärische Zentrum des neuen Bündnisses. Aber die neue Allianz erleichtert den USA, Frankreich und Russland die militärische Unterstützung der Einheiten. In der Folge unter-

stützten die USA und Frankreich die SDF nordöstlich des Euphrats, Russland sicherte zunehmend die Region Efrîn. Im Gegenzug setzte Russland die SDF nach ihrer Eroberung der Luftwaffenbasis Menagh im Februar 2016 für den Kampf gegen den IS ein, was wiederum der syrischen Regierung, dem russischen Hauptverbündeten in der Region, zugutekam.

Die grössten Gebietsgewinne verzeichneten die SDF allerdings mithilfe der USA im Osten Syriens, wo sie bis weit ins Euphrattal vorrückten. Das eigentliche militärische Ziel, Efrîn mit Kobanê zu verbinden und damit ein einheitliches Gebiet zu schaffen, wurde hingegen durch das Vorrücken der Türkei im Sommer 2016 zunichtegemacht. Erfolgreich waren die SDF aber in Raqqa, der sogenannten Hauptstadt des «Islamischen Staates», die am 17. Oktober 2017 nach vier Monaten heftiger Stadtkämpfe erobert werden konnte.

Die Koalitionen der PYD mit den Hegemonialmächten und partiell den syrischen Streitkräften bleiben für die Demokratische Föderation Nordsyrien ein Spiel mit dem Feuer. Weiterhin hängt das syrische Regime von den Hegemonialmächten Russland und Iran ab. Dies bedeutet, dass letztlich diese über eine partielle Autonomie für die KurdInnen in Syrien entscheiden und darüber, ob die aktuell regierende PYD einen Kompromiss mit der Regierung in Damaskus eingehen kann. Ob das Ende des syrischen Bürgerkriegs auch das Ende einer kurdischen Autonomie in Syrien bedeutet, bestimmen also weniger kurdische Einheiten und Parteien oder das Regime in Damaskus, sondern einmal mehr die fremden Richter Türkei, Russland, USA und Iran.

Treibt die Türkei die KurdInnen in die Arme des Baath-Regimes?

Während die Regierungsarmee zusammen mit den SDF im Osten gegen den IS vorrückten, versuchte die Türkei eine Art Belagerungsring um die kurdische Region Efrîn zu schliessen. Dies war begleitet von offenen Drohungen, in der kurdischen Enklave einzumarschieren. Über Monate hinweg schrieben regierungsnahe türkische Zeitungen vom bevorstehenden Einmarsch in Efrîn und der türkische Präsident Erdoğan erklärte wiederholt, «die Terroristen» von der türkischen Grenze vertreiben zu wollen. Am 20. Januar 2018 begann schliesslich der völkerrechtswidrige Angriff der Türkei auf Efrîn durch die Operation Olivenzweig *(Zeytin Dalı Harekâtı)*. Auch wenn die Türkei das anfangs grossspurig verkündete Kriegsziel, innerhalb von drei Stunden Efrîn einzunehmen, nicht erreichte und auch einen Monat nach Beginn der Invasion gerade einmal drei bis sechs Kilometer auf syrisches Territorium vordringen konnte: Die Türkei brachte die kurdische Autonomie Efrîns in grosse Schwierigkeiten. Zur Verteidigung der Region musste die YPG am 22. Februar aus Aleppo abziehen, wodurch Sheikh Maqsood, das seit 2012 autonome kurdische Viertel Aleppos, wieder der syrischen Regierung übergeben werden musste. Zudem wurde ein Abkommen mit dem Regime geschlos-

sen, das zwar erst zur Entsendung schiitischer Milizen und bislang nicht zur Entsendung regulärer Truppenteile geführt hat, das aber trotzdem eine zumindest partielle Rückkehr des Regimes ermöglichte. Die schiitischen Milizen, die der YPG gegen die Türkei zu Hilfe eilten, wurden am 23. Februar mit syrischen Fahnen und Porträtbildern von Präsident Assad in Efrîn willkommen geheissen.

Die russische Erlaubnis für die türkische Invasion gegen Efrîn hatte von Anfang an das Ziel, die kurdischen Einheiten zur Übergabe der Region an das Regime zu zwingen. Russland steht bis heute voll und ganz hinter Assad und unterstützt nun militärisch und politisch den Versuch des Regimes, zumindest die Gebiete südwestlich des Euphrats wieder unter Kontrolle zu bekommen. Im Falle der östlichen Vororte von Damaskus geschieht dies durch eine massiv verschärfte Militärkampagne, die keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt. Währenddessen wird im Falle Efrîns darauf gesetzt, dass die KurdInnen in einer ausweglosen Situation die Rückkehr des Regimes einer Eroberung durch die Türkei vorziehen würden.

Am 18. März nahmen die türkischen Streitkräfte und die mit ihnen verbündeten islamistischen Milizen Efrîn kampflos ein. Die kurdischen Truppen hatten sich zurückgezogen, um eine Zerstörung zu verhindern und den ZivilistInnen die Flucht zu ermöglichen. Gleichzeitig kündigte der türkische Präsident an, auch gegen die weiter östlich gelegenen kurdischen Gebiete in Syrien militärisch vorgehen zu wollen. Hunderttausende Menschen aus Efrîn sind seither auf der Flucht und haben sich auf Gebiete zurückgezogen, die von der syrischen Regierung gehalten werden. Aus Efrîn selbst kommen seither Nachrichten über die Entführung junger Mädchen, Tötungen von ZivilistInnen und Zwangskonversionen von JesidInnen (Êzîdî).

Mit der Eroberung Efrîns durch die Türkei und ihre jihadistischen Verbündeten kam schliesslich auch das grösste Siedlungsgebiet der zuletzt vom IS 2014 im Irak verfolgten Êzîdî unter Kontrolle einer türkisch-jihadistischen Allianz. Nur einige wenige Dörfer im äussersten Südosten der Region konnten von der YPG gesichert werden. Diese werden seit Ende März zusammen mit den mehrheitlich arabischen Regionen um das Tal Rifaat mit Einheiten des Regimes zusammen kontrolliert.

Die YPG führt zwar innerhalb Afrins einen Guerillakampf mit Sabotageakten und Anschlägen gegen die Invasoren fort, allerdings existiert die kurdische Selbstverwaltung in Efrîn seit Anfang April 2018 nicht mehr. Auch im Rest Syriens ist diese derzeit akut bedroht.

Während US-Präsident Trump Ende März einen baldigen Rückzug aus Syrien angekündigt hat, hat Frankreichs Präsident Macron der YPG seine Unterstützung zugesagt, was vom türkischen Präsidenten Erdoğan prompt mit Vorwürfen der Terrorismusunterstützung beantwortet wurde. Derzeit werden die Karten im Nahen Osten neu gemischt. Es kann durchaus sein, dass die NATO, wie wir sie kennen, Geschichte ist. Ob die KurdInnen Opfer oder NutzniesserInnen dieser Neuverteilung sein werden, lässt sich im April 2018 nicht abschliessend sagen.

Literatur

Allsopp, Harriet, 2013: The Kurdish Autonomy Bid in Syria. Challenges and Reactions. In: Ahmed, Mohammed M. A. / Gunter, Michael M. (Hg.): The Kurdish Spring. Geopolitical Changes and the Kurds. Costa Mesa (California), 218–249

Allsopp, Harriet, 2014: The Kurds of Syria. Political Parties and Identity in the Middle East. London/New York

Allsopp, Harriet, 2017: Kurdish Political Parties and the Syrian Uprising. In: Stansfield, Gareth / Shareef, Mohammed (Hg.): The Kurdish Question Revisited. London, 289–304

Ayboğa, Ercan / Flach, Anja / Knapp, Michael, 2015: Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. Hamburg

Dirik, Dilar, 2015: Die Frauenrevolution in Rojava. In: Küpeli, Ismail (Hg.): Kampf um Kobanê. Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens. Münster, 38–50

Ibrahim, Ferhad, 2013: «Westkurdistan»: Ein quasi-«Hêrêm» im Schatten der kurdisch-kurdischen und regionalen Konkurrenz. In: Hennerbichler, Ferdinand u. a. (Hg.): Wiener Jahrbuch für Kurdische Studien 1. Wien, 268–280.

Kader, Alan, 2002: The Kurdish Cause in Western Kurdistan which is occupied by Syria. London

Kaya, Zeynep / Lowe, Robert, 2017: The Curious Question of the PYD-PKK Relationship. In: Stansfield, Gareth / Shareef, Mohammed (Hg.): The Kurdish Question Revisited. London, 275–287

Kurdish Institute of Brussels, 2017: Rojava-Kurdistan and Northern-Syria. A New Life Style. A Trajectory of Events in 2016. Brussels

Öcalan, Abdullah, 2000: Zur Lösung der Kurdischen Frage. Berlin

Savelsberg, Eva / Tejel, Jordi, 2013: The Syrian Kurds in «Transition to Somewhere». In: Ahmed, Mohammed M. A. / Gunter, Michael (Hg.): The Kurdish Spring. Geopolitical Changes and the Kurds. Costa Mesa (California), 189–217

Schmidinger, Thomas, 2014: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava. Wien

Schmidinger, Thomas, 2015: Zwischen Türkei und IS – Militärische Erfolge der Kurden gegen den so genannten «Islamischen Staat» in Rojava. In: Hennerbichler, Ferdinand u. a. (Hg.): Wiener Jahrbuch für Kurdische Studien 3. Wien, 245–250.

Schmidinger, Thomas, 2016a: Rojava. Wien

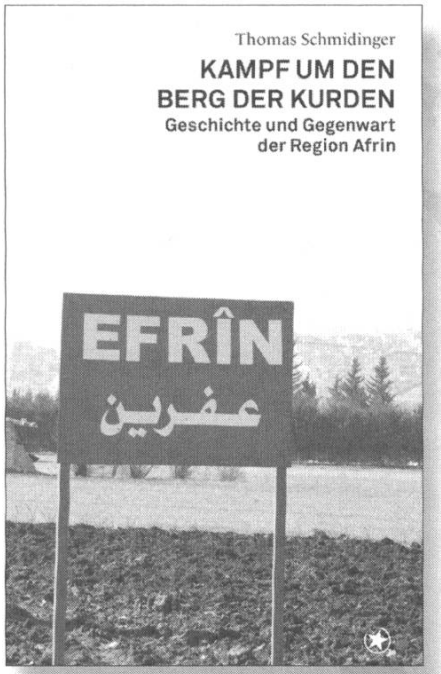
Schmidinger, Thomas, 2016b: Rojava. Expansion der kurdischen Gebiete und Blockade. In: Brizić, Katharina u. a. (Hg.): Wiener Jahrbuch für Kurdische Studien 4. Wien, 141–146

Schmidinger, Thomas, 2017: Miltärische Expansion mit US-Unterstützung. Aktuelle Entwicklungen in Syrisch-Kurdistan. In: Hennerbichler, Ferdinand u. a. (Hg.): Wiener Jahrbuch für Kurdische Studien 5. Wien, 234–240

Thomas Schmidinger, 2018: Kampf um den Berg der Kurden. Geschichte und Gegenwart der Region Afrin. Wien

Tejel, Jordi, 2009: Syria's Kurds. History, politics and society. London/New York

Yildiz, Kerim, 2005: The Kurds in Syria. The Forgotten People. London



Thomas Schmidinger

Kampf um den Berg der Kurden

Geschichte und Gegenwart der Region Afrin

13 · 21cm
Klappenbroschur mit zahlreichen Farbfotos
176 Seiten | € 17
ISBN 978-903022-84-3

bahoebooks.net

bahoe books

Erhältlich im gut sortierten Buchhandel

10 Jahre lunapark21

Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie erscheint seit 2008. Das Jahr erwies sich als Auftakt für die tiefste Krise des weltweiten Kapitalismus seit 1929. In den ersten Ausgaben sprachen wir von einer Krise in Form eines *Schwelbrandes*, der immer wieder an anderer Stelle aufflammen würde, und die Feuerwehren des Kapitals die Flammen nur unzureichend austreten und oft die Feuerwehr-Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise einen „zündenden" Beitrag für die nächste Krise darstellen würden. Wir erlebten seither: Eine Subprime-Krise, eine Finanzmarktkrise, eine ordinäre Wirtschaftskrise, eine Hungerkrise, eine Rohstoffkrise, eine Eurokrise, eine Schuldenkrise, eine Griechenland-Krise, eine Migrationskrise, eine Brexit-Krise. **Lunapark21** hat alle diese Brandherde „besucht" und in bislang 41 Ausgaben analysiert. **Lunapark21** ist zugleich ein Vergnügungspark & Treffpunkt zur Debatte über diese Krisen, unsere Analysen, zum Aufzeigen von Widerstand und für eine solidarische Gesellschaft. **Lunapark21** erscheint vier Mal im Jahr mit 64 Seiten *(4 Hefte = Normalabo)* und zusätzlich mit zwei Extraheften zu Schwerpunktthemen *(6 Hefte = AboPLUS)*. Einzelheft: CH 9,90 CHF Abo CHF = 32 Euro **Bestellungen unter:**

www.lunapark21.net

theorie
kritik.ch

Wo man die wichtigen Theorien diskutiert.

Das Web-Portal theoriekritik.ch: Debatten, Rezensionen, Kommentare

Giannis Varoufakis, Karl Marx, Judith Butler, Antonio Gramsci, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Marianne Gronemeyer, Pierre Bourdieu, Ernst Bloch, Chantal Mouffe, Slavoj Zizek, u. a.

PC-61-362503-5
IBAN: CH82 0900 0000 6136 2503 5